Mitt. bad. Landesver. Naturkunde u. Naturschutz	N. F. 8	4	701—724	Freiburg im Breisgau 31. Januar 1965
--	---------	---	---------	---

Dorferneuerung und Veränderung der Landschaft¹

von

GERHARD ENDRISS, Freiburg i. Br.*

Wie bei dem früheren Referat in der „Heubörse“ über „Rebumlegung und Veränderung der Landschaft“ ist auch diesmal der Kaiserstuhl der Ausgangspunkt für die Überlegung, warum das Kartenbild nicht mehr mit der Wirklichkeit von heute übereinstimmt. Ein neuer starker Wandel im Landschaftsbild hat stattgefunden, der nach den Plänen nur der Anfang einer noch weiter gehenden Umwandlung sein soll.

Im nordöstlichen Kaiserstuhl stehen im Wihlbachtal drei neue Höfe; sechs Gehöfte liegen an der Grenze der Gemarkungen von Riegel, Endingen und Forchheim. Eine große Zahl weiterer landwirtschaftlicher Anwesen ist — teils einzeln stehend, teils in lockeren Verbänden — mehr oder weniger weit von den geschlossenen Ortschaften entfernt auf den Fluren der meisten Kaiserstuhldörfer errichtet worden; andere sind im Bau oder in der Planung. Auf dem nahen Tuniberg sind vier Siedlerstellen im Westen der Gemarkung Opfingen entstanden; eine größere Zahl von weiteren Bauernhöfen folgt in anderen Teilen der Markung nach. Im Jahr 1961 konnte einer der neuen Siedlungshöfe für Opfingen auf der Zweiten Badischen Landwirtschaftlichen Woche in Freiburg i. Br. besichtigt werden. Es war der tausendste Siedlungshof der im Jahre 1947 gegründeten Badischen Landsiedlung. Und auf der Dritten Badischen Landwirtschaftlichen Woche 1964 — ebenfalls wieder in Freiburg — war ein weiterer Ausiedlerhof in Fertigbauweise für Opfingen erstellt worden, diesmal gedacht für einen reinen Grünlandbetrieb. Inzwischen wurden in der Gemeinde ostwärts des Dorfes 5 Höfe bezogen, 3 weitere Höfe sind im Bau, und noch 3 weitere Höfe sind geplant.

Scheinbar sind diese Einzelgehöfte und kleinen Weiler, mit denen eine Auflockerung der geschlossenen Dörfer des Altsiedellandes in Zukunft verbunden sein wird, etwas Neues. Und doch sind sie in unserem Raum etwas Altes. Sie entsprechen ungefähr den Zuständen zur Zeit der alemannischen Landnahme;

¹ Der Bericht bringt das vom Verf. am 5.2.1962 in der 13. „Heubörse“ des Badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz gehaltene Referat „Dorfsanierung und Veränderung der Landschaft“ mit einigen Ergänzungen und Erweiterungen samt den Ausführungen der Diskussionsredner, denen der Referent für ihre Mitteilungen zur Drucklegung bestens zu danken hat. Ebenso wertvoll waren ihm verschiedene Anregungen von ihrer Seite, wie auch von Fachvertretern der Geographie und Landwirtschaft, mit denen manche Probleme erörtert wurden.

* Anschrift des Verfassers: Dr. GERHARD ENDRISS, 78 Freiburg i. Br., Sautierstraße 65.

auch später gab es ähnliche Siedlungsbilder. Unsere heutigen, mehr oder weniger großen Haufendörfer mit den eng zusammengebauten Gehöften, sind relativ jung. H. SCHREPFER hat z. B. dargestellt, wie verschiedene Kaiserstuhldörfer aus Weilern zusammengewachsen sind. Von archäologischer und historischer Seite haben STOLL und BÜTTNER die Besiedelung des Breisgaues untersucht.

Aber auch Aussiedlungen sind keine moderne Erfindung! Der Beginn der im Allgäu vom Kemptener Gebiet ausgehenden Vereinödnungsbewegung wird gewöhnlich in das Jahr 1550 gesetzt. Im Westen wurde von ihr der Hegau erreicht, im Osten kam sie bis gegen den Lech. Ihr Sinn war, die Grundstücke von den vielen auf ihnen lastenden Rechten der bäuerlichen Gemeinschaft zu befreien, damit der Besitzer auf ihnen ungehindert wirtschaften konnte. Mit diesem Vorgang war fast immer eine Flurbereinigung verbunden, ohne die das Ziel nicht zu erreichen war. Ofters wurden dabei auch Höfe auf die Flur hinausverlegt; das ist der sogenannte Ausbau. Schon im Jahr 1551 wurde der aus sieben Höfen bestehende Weiler Günzegg, damals zur Abtei Kempten gehörend, heute Gemeinde Böhen, Landkreis Memmingen, gänzlich aufgelöst. Diese „Individualbauern“, wie man sie in Schweden nennt, hatten damit die beste Gelegenheit, ihre Initiative auszunützen.

Damals muß der Gedanke der Aufhebung der Gemeinwirtschaft und die Erringung einer wirtschaftlichen Selbstbestimmung in Europa in der Luft gelegen haben. Das Ackerland unterlag in diesen Zeiten zweimal im Jahr — im Frühling vor dem Anbau und im Herbst nach der Ernte — der Weide durch die Gemeindeherde, dazu ständig während der Brache. Wegen dieser Weide mußten die Äcker zu gleicher Zeit bestellt und abgeerntet werden. Dabei waren infolge des Fehlens von Feldwegen Überfahrten über fremde Grundstücke unumgänglich. Als Vorspiel der kommenden Umwälzung wurde in vielen Gemeinden schon frühzeitig die gemeinsame Frühjahrs- und zum Teil auch die Herbstweide abgeschafft.

Ebenso wurden die Wiesen zweimal beweidet; dazwischen konnte der Bauer auf ihnen Heu ernten. Sonst weidete das Vieh auf der gemeinsamen Allmendweide, die wenig gepflegt wurde; teilweise war sie eine Waldweide. Eines der Ziele der Vereinödnung war die Aufteilung dieser Allmenden unter die Dorfgemossen. Man klagte über zu große Entfernungen, ungenügende Ernährung des Viehs und über Mangel an Dünger. Der einzelne Bauer war zunächst nur in seiner Hofstätte alleiniger Herr, dazu in seinen Kraut- und Hanfländereien, sowie — soweit vorhanden — in seinen Weinbergen. Hier konnte er pflanzen, wann und was er wollte. Die Vereinödnungsbewegung Südwestdeutschlands fand in der Mitte des 19. Jahrhunderts ihr Ende. Von ihr führt kein direkter Weg zu den heutigen Vorgängen.

Die nordischen Länder (Dänemark und Schweden mit Finnland) sind in der Güterzusammenlegung und Auflockerung, ja Dorfauflösung, bahnbrechend vorangegangen. Die vielseitigen Vorgänge zu behandeln, würde den Rahmens dieses Referats sprengen; vielleicht können sie einmal in einem anderen Zusammenhang dargelegt werden. In Dänemark und Schweden waren die ehemaligen Dörfer um die Mitte des letzten Jahrhunderts weitgehend aufgelöst. Das Hinausverlegen der Gehöfte war — wie im Allgäu — bei der Holzbauweise nicht schwierig. Doch zogen es die meisten Bauern vor, sich neue und moderne Wohnungen zu errichten. Viel wertvolles Kulturgut ging bei dieser nordischen Aussiedlungsbewegung verloren. Was gerettet wurde, ist jetzt in den verschiedenen Freilichtmuseen aufgestellt worden. Manche

Bauern bekamen damals in Schweden und Finnland Land zugewiesen, das vorher niemals unter Kultur genommen worden war; sie mußten Neuland kultivieren.

Meist wurden im Norden alle Höfe einer Gemeinde über die ganze Binnenmark verteilt. Für die ersten Aussiedler war der nun weite Weg zum Nachbar ungewohnt; er war auch an den dunkeln Winterabenden oft beschwerlich. Südschweden macht heute weitgehend den Eindruck eines jungkultivierten Landes, nicht eines Raums alter Geschichte und alter Kultur. In den waldreichen Gegenden Mittel- und Nordschwedens sind die Vorgänge etwas anders verlaufen. Die einzelnen Höfe haben sich in ihrer Wirtschaftsweise weitgehend spezialisiert. Ein größerer Gutsbesitzer am Vätter-See erklärte auf die Frage, auf was er sich besonders geworfen habe, er fabriziere Beefsteaks. Er betreibt nämlich eine Kälberaufzucht zum Verkauf auf dem Schlachtviehmarkt. Die Milch für seinen eigenen Haushalt bezieht er von einem Kleinbauern. Als ein verdienter aargauischer Baudirektor von einem Besuch aus Dänemark zurückkam, soll er das Wort geprägt haben: „Regieren heißt siedeln“ (Güter- und Waldzusammenlegung, S. 15).

In Deutschland war die ländliche Neusiedlung des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts zunächst nur in einigen Teilgebieten zur Durchführung gekommen. Im Osten des damaligen Reiches kam sie etwa um 1890 in Gang. Dort ergriff sie allerdings große Flächen und wandelte das äußere Bild völlig um. Das ostdeutsche Vorgehen wirkte sich auch auf unseren Raum anregend aus, wo der Gedanke der Umsiedlung nie ganz geruht hatte. In Nusplingen, Kr. Balingen, wurde nach der Gründung eines großen Weilers „Heidenstadt“ im Jahre 1760, im Jahr 1826 eine große Aussiedlerbewegung eingeleitet, um der beginnenden Auswanderungsbewegung Einhalt zu gebieten. So wurden in den folgenden Jahren die „Harthöfe“ mit 25 und Dietstaig mit 9 Höfen angelegt. In einem weiteren Gutachten des Oberamts Spaichingen von 1846 wurden Vorschläge zur Kultivierung des Heubergs gemacht. Von den damals geplanten 11 Einödhöfen, die nicht mehr alle errichtet wurden, konnten die vorgesehenen Standorte ungefähr rekonstruiert werden (nach frdl. Mitteilung von Herrn Min.-Rat E. MAIER, Stuttgart).

In unserem Raum war im Jahr 1892 der erste Band von ADOLF BUCHENBERGER's „Agrarwesen und Agrarpolitik“ erschienen. Seitdem hat sich das Wort Agrarpolitik in der Wissenschaft eingebürgert, wie wir einem freundlichen Hinweis von Herrn Prof. CONSTANTIN v. DIETZE entnehmen durften. In Baden wurde an der Wende der zwanziger zu den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts eine Siedlungsgesellschaft gegründet. Man lenkte die Aufmerksamkeit auf Siedlungsmöglichkeiten in Kleinbauerngebieten. Doch dachte damals noch niemand daran, in welchem Umfang solche Maßnahmen einmal zur Durchführung kommen würden. Im Jahr 1933 wurde die Bergfeldsiedlung, Gemarkung Mosbach, in Nordbaden auf Allmendland errichtet. Zu dieser Zeit wollte keiner der in der Stadt Mosbach wohnenden Bauern aussiedeln. Die Ansiedler kamen aus Bayern und aus anderen Gegenden. So ist diese Siedlung wohl eine Neusiedlung, aber keine Aussiedlung geworden.

In der benachbarten Schweiz ist an die Tätigkeit der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft zu erinnern. Ihr Begründer und jahrelanger Direktor war H. BERNHARD. Sie plante seit 1928 die Nutzung von Grund und Boden und proklamierte die sogenannte Innenkolonisation. H. GUTERSOHN, Zürich, würdigt seine Tätigkeit mit den Worten: „Wir Geographen sind stolz auf BERNHARD, war er doch in der Schweiz der erste, der

eine angewandte Geographie, die Korrektur der Kulturlandschaft, lehrte und selber praktisch betrieb, und der uns auf seine Art auf die bedeutsamen Zusammenhänge zwischen Geographie und Landesplanung hinwies“ (GUTERSOHN 1963, S. 20).

Zu den ersten Geographen, die bei uns auf die Wichtigkeit der Neusiedlung aufmerksam machten, gehört W. HARTKE. Er berichtete im Jahr 1933 über die Kulturgeographie der ländlichen Neusiedlungen in Ostpreußen. Weiter seien genannt E. SCHEU mit seiner wirtschaftsgeographischen Landeskunde von Ostpreußen (1936), W. CZAJKA mit dem 2. Band des Schlesischen Landrückens (1938), W. KASCH mit einem Bericht über bäuerliche Neusiedlungen in Mecklenburg (1938), H. KOPITKE mit seiner Arbeit über den Kreis Lauenburg (1940) und H. SCHULTZ mit seiner Untersuchung über das hannoversche Emsland (1942).

Zu den frühen Ansätzen der Neusiedlung und Neuordnung in unserem engeren Raum gehört wohl die Stadtgemeinde Neuenburg, Kr. Müllheim. Sie hatte sich zu einer Arbeiterbauerngemeinde entwickelt, und der landwirtschaftliche Anteil der Bevölkerung nahm immer mehr ab. Dazu kam die durch die Rheinkorrektion verursachte Grundwasserabsenkung. Im Jahr 1938 wurde sodann ein starkes Auftreten von „Sozialbrache“ festgestellt, darunter verstehen wir die Tatsache, daß zahlreiche Parzellen ackerfähigen Landes brach liegenbleiben, ohne daß eine Verminderung der Bevölkerung damit verbunden wäre. Die Dörfer, in deren Gemarkungen derartige Kümmererscheinungen auftreten, nehmen vielfach in hohem Maße an dem wachsenden Wohlstand teil. Schon während des Krieges wurde ein Umlegungsverfahren eingeleitet, das aber nicht zu Ende kam. Die Stadt selbst, an einem Rheinübergang gelegen, erlitt schwerste Kriegsschäden. Im Osten des Schwarzwalds wurden 1938/39 auf Gemarkung Villingen 13 Höfe erstellt und mit echten „Aussiedlern“ aus der benachbarten Stadt besetzt.

Um dieselbe Zeit wurde in Nordwürttemberg Hollenbach, Kr. Künzelsau, als Beispielgemeinde zur ländlichen Neuordnung ausersehen. An diesen Plänen war nicht nur Oberbaurat LEIDENBERGER beteiligt, der bis Ende 1963 die Landesplanung beim Regierungspräsidium Südbaden leitete und nun Baudirektor der Stadt Aalen ist, sondern auch Ministerialdirigent STORZ, heute im Landwirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

Zu Beginn des Jahres 1940 erging der Wunsch des Reichslandwirtschaftsministeriums nach einer eingehenden Darstellung der Lebensgrundlagen des Landvolks. Dabei sollten nicht nur die Verhältnisse der Dörfer und ihrer einzelnen Familien ermittelt, sondern zugleich auch Vorschläge zur Gesunderhaltung der bäuerlichen Lebensgrundlagen gemacht werden. Über die damaligen Ergebnisse im Freiburger Raum konnte im Alemannischen Jahrbuch 1960 berichtet werden.

Die jetzt deutlich werdende Umwandlung in unserer Agrarlandschaft ist letzten Endes ein sichtbares Anzeichen für eine Veränderung der Sozialstruktur der ländlichen Gemeinden. Die Dorfgemeinschaften zeigen infolge der seit langem wachsenden Bedeutung von Gewerbe, Industrie und Verkehr eine Umschichtung und Umwertung der Berufe. Die Landwirte nehmen nicht nur absolut und prozentual in den einzelnen Agrargemeinden ab; ihre Stellung ist auch eine ganz andere geworden. Landrat Dr. HERMANN von Sinsheim (Nordbaden) führte im Jahr 1961 anlässlich einer Studienfahrt der Professoren v. DIETZE und METZ mit Direktor Dr. KRUMM von der Badischen Landsiedlung aus, daß im Gemeinschaftsleben der Dörfer

manche Probleme entstanden seien. Die Arbeiter wären noch vor zehn Jahren als besitzlos deklariert gewesen. Heute hätten sie ein Selbstvertrauen gegenüber den Bauern. In den Ortschaften würden die Landwirte aus dem Gemeinschaftsleben fast hinausgedrückt. Nun hätten die Bauern Minderwertigkeitsgefühle.

Allerdings darf in diesem Zusammenhang nicht von dem Begriff „Bauer“ gesprochen werden, denn hier handelt es sich um eine vielschichtige Betriebsstruktur. Auf Grund der meist zu geringen Landausstattung stellen die Betriebe keinen bäuerlichen Familienbetrieb dar und müssen das geringe landwirtschaftliche Einkommen durch außerlandwirtschaftliche Tätigkeit ergänzen oder sich äußerste Einschränkung auferlegen. Da beide Wege nicht befriedigen, liegt hier die Wurzel der Komplexbildung. Die agrarpolitische Zielsetzung ist darauf ausgerichtet, möglichst viele vollbäuerliche Existenzen zu schaffen.

Diese Hinweise zeigen uns, daß in den ländlichen Gemeinden vielseitige Aufgaben zu bewältigen sind. Eine Verbesserung der Agrarstruktur allein genügt keineswegs; es geht um die Gesamtstruktur der Dörfer, es geht um eine „Dorferneuerung“, wie der terminus technicus lautet.

Auch in der Landwirtschaft selbst findet ein stürmischer Entwicklungsprozeß statt — mehr eine Revolution als eine Evolution —, vor allem kenntlich an der Mechanisierung und Rationalisierung. H. RÖHM, Hohenheim, hat die einzelnen Phasen dieser Strukturveränderung mehrfach dargelegt. Es geht dabei in erster Linie um die Agrarbezirke des Freiteilbarkeitsgebiets, von ihm als agrarische Problem- und Entwicklungsgebiete bezeichnet. Unter Freiteilbarkeit versteht man die Tatsache, daß bei einem Erbfall das ganze Hab und Gut gleichmäßig unter die Erben verteilt wird. Den Gegensatz bildet das Anerbenrecht, bei dem der Hof geschlossen an einen Erben übergeht, während die weichenden Erben mit Geld abgefunden werden. Hier, im Freiteilbarkeitsgebiet ist die Erstellung von Neubauernsiedlungen eine neue Welle eines großen, im Gang befindlichen Umschichtungsprozesses der Landgemeinden.

Die Verhältnisse im Realteilungsgebiet (= Freiteilbarkeitsgebiet), das sich weitgehend mit dem Altsiedelland der alemannischen Landnahmezeit deckt, sind wohlbekannt. Ein kurzer Hinweis mag daher genügen. Wir treffen auf eingeegte und veraltete Hofstellen, auf starke Parzellierung, weite Wirtschaftswege und unzureichende Betriebsgrößen. Der Lebensstandard der bäuerlichen Familie bleibt hinter dem anderer vergleichbarer Berufe zurück. Nachdem Knechte und Mägde schon vor längerer Zeit zur Industrie abgewandert sind, wenden sich nun viele Kleinbauern, und insbesondere deren Kinder, von der Landwirtschaft ab.

So verstehen wir, daß Professor v. BABO, der Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Regierungspräsidium Nordbaden († 25. 12. 1963) anlässlich der schon erwähnten Exkursion seine Ausführungen dahingehend zusammenfaßte, das Kreuzübel der Agrarverfassung sei das Gewanddorf und der ganze Unsinn der Realteilung. Da kommt es dann zu dem nach H. RÖHM kaum mehr überschaubaren Durcheinander von Eigentums-, Pacht- und sonstigen Nutzungen (RÖHM 1958, S. 4). Hier wäre die Allmende zu erwähnen. Nur handelt es sich jetzt nicht mehr um eine große Weideallmende wie zur Zeit der Vereinödung, sondern um die aufgeteilte Allmende, die noch in vielen Dörfern vorkommt. Ihre einstige Bedeutung als Wirtschaftshilfe für die jungen Bauern hat sie infolge des heutigen späten Eintrittsalters in die Nutzung verloren. Wegen ihr wird jetzt niemand mehr seinen Wohnsitz im Dorf behalten. Da die Allmendsatzungen meistens in den Jah-

ren 1810—1850 entstanden sind, entsprechen sie in vielen Fällen den Anforderungen der jetzigen Zeit nicht mehr. Es gibt viele Gemeinden, in denen bis zu 20 %, ja 40 % aller Allmendnutzungsberechtigten überhaupt keine Landwirtschaft mehr betreiben und manchmal nicht einmal mehr den augenblicklichen Bewirtschafter ihrer Allmendflächen kennen.

Auf eine weitere Eigenart der südwestdeutschen Landwirtschaft muß noch hingewiesen werden, auf die verschiedenen Betriebsformen, deren Bedeutung auf dem sozialen Gebiet liegen, wie Jungbauern- und Aufbaubetriebe, Altenteilerbetriebe, Rentnerbetriebe, Frauenbetriebe. Im Gegensatz zur Statik des Anerbengebiets herrscht im Grundstücksverkehr des Realteilungsgebiets eine starke Dynamik. Hinzu kommen die verschiedenen Wirtschaftsformen der Nebenerwerbslandwirte, wie Arbeiterbauernbetriebe, Handwerkerbetriebe, Teilbauernbetriebe mit nichtlandwirtschaftlichem Zuerwerb, Feierabendstellen, Kleingärtner. Zusammenfassend können wir folgende Stufenleiter aller agraren Wirtschaftsformen aufstellen: Ländliche Heimstätten, Nebenerwerbsbetriebe, Zuerwerbsbetriebe, bäuerliche Familienbetriebe.

In der Gemeindestatistik des Landes Baden, Ausgabe 1949, schrieb H. SCHUBNELL, daß der enge Zusammenhang zwischen Landwirtschaft einerseits, Industrie, Handwerk und Handel andererseits für die Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Landes Baden (= Südbaden) typisch sei. Dasselbe gilt für Württemberg, wo R. GRADMANN immer wieder auf die Bedeutung der Bodenverwurzeltheit der Bevölkerung hinwies. Öfters versuchten Außenstehende diesen Hinweis dadurch abzuschwächen, daß sie von der Ertragshöhe der Arbeiterbauern ausgingen, die relativ gering ist. Sie hielten die von ihnen bewirtschaftete Fläche für zu groß. Auch heute ist das Urteil über diese Form der Nebenerwerbslandwirtschaft nicht einheitlich.

Doch ist der Streit jetzt gegenstandslos geworden, denn Landrat Dr. HERRMANN erklärte, die heutigen „Pendler“ hätten nicht mehr die Tendenz landwirtschaftlich tätig zu sein. Sie hätten Geld genug. Vor allem würden die Frauen nicht mehr mitmachen wollen, denen freilich auch ein großer Teil der Last aufgebürdet ist. Außerdem lasse die Technisierung der Landwirtschaft einen Arbeiterbauernbetrieb nicht mehr zu. Er sei praktisch nicht mehr möglich, wo der Tierzug zur Bestellung oder der Schlepper fehle. Das frühere Aufeinander-Angewiesensein gebe es nicht mehr. Das Idealbild des Arbeiterbauern gehöre einer früheren Zeit an. Soweit dieser Zustand noch vorhanden sei, werde er nicht bekämpft. Die ehemaligen Feierabendbauern würden das Land behalten oder verpachten, solange die Erinnerung an Notzeiten noch lebendig sei, wie an die Korea- und Suez-Krise. Wenn dann jemand ein Haus baue, dann gebe er seine Grundstücke auf. Ein Pächter oder Käufer werde gefunden, solange das Grundstück nach seiner Form und Größe mit Maschinen bearbeitet werden könne. Sei dies nicht der Fall, dann trete die Sozialbrache ein.

H. RÖHM urteilt: „Von Baden-Württemberg aus gesehen müßte . . . doch wohl auch der großen Gruppe der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer, deren Betriebe in der Größenordnung zwischen den Familienbetrieben und den Feierabendbetrieben liegen, etwas mehr Beachtung geschenkt werden, als dies in anderen Ländern vielleicht notwendig ist. Man kann hier im Lande nicht ohne weiteres sagen, daß nur die kleinsten Feierabendlandwirte noch eine Existenzberechtigung hätten. Es gibt hier vielmehr, entsprechend dem großen Wechsel in den natürlichen Voraussetzungen, in der Berufsstruktur und im sozialen Verhalten der landbesitzenden Bevölkerung so viele Abwandlungen im landwirtschaft-

lichen Betriebssystem, daß eine Nivellierung der Kleinbesitzerflächen auf der untersten Ebene auf keinen Fall am Platz wäre“ (RÖHM 1958, S. 20).

Nach diesem kurzen und durchaus nicht erschöpfenden Einblick in die Vielfalt der ländlichen Verhältnisse können wir uns nun der Frage zuwenden, was man unter einer Dorferneuerung versteht.

Eine allumfassende Definition ist kaum zu finden. Jedenfalls gehört zu ihr die Flurbereinigung, verbunden mit der Aussiedlung einer bestimmten Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben, der Umbau im Ort verbunden mit der Hilfe für die, die im Dorf wohnen bleiben, kurz alles, was zu einem gesunden Aufbau einer Gesamtgemeinde dient. Die Planung der Landwirtschaft muß mit der der Gemeinde in Einklang gebracht und koordiniert werden mit den Leitbildern der Bezirks- und Landesplanung.

Nun ist jedes Dorf nach Boden, Klima, Geschichte, nach seinen Einwohnern, deren Sitten, Gebräuchen und Erwerbstätigkeit verschieden. Die Oberrheinlande waren von jeher ein Straßen- und Kriegsland. Immer wieder sind neue Menschen und neue Ideen hereingeströmt. Daneben haben Auswanderungen stattgefunden, an denen sich immer vorwiegend die jüngere Generation beteiligte. Heute hat jedes Dorf seine eigene Dynamik, sein eigenes Temperament. Daher gibt es auch kein Universalrezept für die Dorfsanierung. Wir stehen erst am Beginn dieser Entwicklung. Es werden noch Erfahrungen gesammelt, so u. a. in unserer Nachbarschaft in Opfingen, Kr. Freiburg i. Br. Hier sollen bis zum Abschluß der Dorfsanierung mindestens 18 Betriebe ausgesiedelt werden. Das Dorf wurde am 6. 6. 1961 von 1048 Menschen bei einer Fläche von 1461 ha, bewohnt.

Die Flurbereinigung reicht allein nicht aus, die Probleme zu lösen. Sie hatte und hat noch große Bedeutung. Bei den früheren Umlegungen nach 1870 standen die Weganlagen im Vordergrund, um den Bauern ein individuelles Wirtschaften zu ermöglichen. Die eigentliche Grundstückszusammenlegung wurde für heutige Begriffe nur in bescheidenem Umfang durchgeführt. In unserem Raum ist dafür Mordingen ein Beispiel. Die Rebberge wurden damals überhaupt nicht berührt. Man scheute sich einmal vor den technischen Schwierigkeiten der Weganlagen am Hang. Man kannte aber auch noch nicht die flächenmäßige Zusammenlegung eines größeren Gebiets zur Umlegung, so daß von einer solchen Weganlage nur die direkt davon betroffenen Grundstücksbesitzer Nachteile gehabt hätten. Auch hielt man es für unwesentlich, ob der Winzer den Mist — auf dem Rücken im Tragkorb — ein paar hundert Meter weiter tragen müsse oder nicht! Die Änderung in der Einstellung kam mit dem Vordringen der Reblaus, zum Teil auch durch die Evakuierung der Dörfer im Krieg, die Rearbeiten unmöglich machten.

Jetzt genügen bei der fortgeschrittenen Motorisierung schon einfache Feldwege nicht mehr. Sie werden nun mit einer Teerdecke versehen oder als Betonstraßen angelegt. Darüber hinaus wird heute eine Verkürzung der Wirtschaftswegen erstrebt und eine bessere Bodenbenutzung in den vom Ort entfernter liegenden Gemarkungsteilen. Das ist durch die Verlegung einer Anzahl von Höfen in die Außenbezirke möglich. Sie werden zugleich, soweit es geht, aufgestockt, d. h. flächenmäßig vergrößert. Gleichzeitig wird dadurch eine Ortsauflockerung erreicht, auf die nachher noch eingegangen werden soll. Auch größere Änderungen in der Art der Bodennutzung sind in Betracht zu ziehen. Es gilt, eine Bodenzustand aufzustellen. Manch landwirtschaftlich genutztes Gelände wird aufgegeben und aufgeforstet werden müssen, so an Hanglagen und auf minderen Bö-

den. Für Bau- und Straßenflächen muß jeweils ein zu bestimmender Prozentsatz des Geländes in Abrechnung gebracht werden.

Die Größe der Neusiedlerstelle schwankt je nach der Ertragsfähigkeit des Bodens außerhalb des Schwarzwalds zwischen 10 und 20 ha. Die Betriebsgröße wird in erster Linie im Hinblick auf die Erwirtschaftung eines ausreichenden Familieneinkommens bemessen, nicht mit Rücksicht auf die Leistung der Maschinen. Der Betrieb soll so groß sein, daß er die Arbeitskraft einer bäuerlichen Familie voll auslastet; er soll die Familie nicht überlasten und keine Einstellung von ständigen fremden Arbeitskräften nötig machen.

Die Siedlungsform, eine den Geographen besonders interessierende Angelegenheit, ist meist die eines aufgelockerten Weilers. Einzelne Höfe werden in zweckmäßigen Abständen zu einer Gruppe zusammengefaßt. Die Erschließungskosten sind dann im Vergleich zur Einzelhoflage geringer. Der Weiler soll ein Gemeinschaftsleben der Siedler ermöglichen, die etwa nötig werdende Inanspruchnahme der Nachbarschaftshilfe erleichtern und u. U. auch zu einer gemeinsamen Verwendung von Maschinen beitragen. Schon bei der Vereinödung im Allgäu kamen häufig zwei bis drei Anwesen nebeneinander zu liegen. Im Gegensatz dazu stehen die Aussiedlungen in Dänemark und Schweden, wo die neu errichteten Einzelhöfe über die ganze Flur verteilt wurden. Die hierzulande zu einem solchen neuen Weiler gehörende Wirtschaftsfläche soll 150—200 ha nicht übersteigen, damit nicht wieder zu weite Anmarsch-, bzw. Anfahrtswege nach einem Teil der Felder entstehen.

Wichtig ist die Wahl des Standorts für das neue Gehöft, bzw. den neuen Weiler. Er muß eine gute Verbindung zum Dorfmittelpunkt gewährleisten, die Arrondierung der Felder um das Hofgebäude herum ermöglichen; ferner muß die Zuleitung von Wasser und Strom sowie die Beseitigung der Abwässer ohne großen Aufwand erfolgen. Nicht zuletzt sollen sich aber auch die neuen Höfe organisch in die Landschaft einordnen.

Die Auswahl der Siedler ist ein weiterer entscheidender Punkt. Während es früher an Meldungen zur Aussiedlung fehlte, steht heute meist eine größere Zahl von Bewerbern zur Auswahl. Es kommt bei einem Neusiedler nicht nur auf seine Kenntnisse auf ökonomischem und technischem Gebiet an, sondern ganz besonders auch auf die moralische und kulturelle Qualifikation. Die Aussiedlung hat eine tief einschneidende Wirkung auf die Führung der Betriebe und die Lebensgewohnheiten der Familie. Sie erfordert vorübergehend die Anspannung aller Kräfte und bedeutet auch für lange Jahre eine finanzielle Belastung. Nicht jeder will aussiedeln, wie uns etwa Beispiele im Schweizer Jura zeigen, wo oben auf den Höhen die Mennoniten siedeln, meist auf einsamen Höfen, während unten im Tal die Jurassier in den geschlossenen Dörfern und Städten wohnen.

Zur Sicherung des Auflockerungserfolgs im Dorf wird das Altgehöft des Siedlers mit einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der Gemeinde belastet, welche die künftige Verwendung als selbständige landwirtschaftliche Betriebsstätte ausschließt. Ein Tausch mit einem anderen Gebäude ist möglich. Besondere Vertragsbestimmungen verhindern, daß die neu errichtete Siedlerstelle später geteilt oder aufgelöst wird.

Neben diesen vollbäuerlichen Siedlungen gibt es noch weitere Siedlungsformen. Hier sei nur die Nebenerwerbssiedlung erwähnt. Der Personenkreis der Bewerber ist durch Gesetz und Anordnungen abgegrenzt. Neben Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen werden Schwerkriegsbeschädigte, Spätheimkehrer und Kinderreiche ausgewählt. Die Siedlerstellen werden in Größen von

15 bis 18 ar angelegt. Sie sollen es ermöglichen, daß ihre Besitzer neben ihrem Haupterwerb noch eine zusätzliche Einnahmequelle haben durch Anbau von gärtnerischen Intensivkulturen und Haltung von Kleintieren.

Die meisten Neubauernhöfe sind zunächst in Verbindung mit einem Flurbereinigungsverfahren errichtet worden, im sog. behördlichen Verfahren. Daneben gibt es seit 1956 die Möglichkeit von Einzelaussiedlungen nach dem „Grünen Plan“. Das ist das außerbehördliche Verfahren, so genannt, weil in diesem Fall der Bauer selbst Träger des Verfahrens ist. Dieses gibt dem Landwirt auch dort die Möglichkeit der Aussiedlung, wo aus irgendwelchen Gründen ein behördliches Verfahren nicht in Frage kommt. Das ist besonders da der Fall, wo eine Flurbereinigung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Hierzu gehören die Einzelgehöfte am Kaiserstuhl, die der Initiative von Oberlandwirtschaftsrat FR. DANNER in Breisach ihre Entstehung verdanken. Der Besitzer hat mit seinem neuen Hof noch keinen arrondierten Besitz; er wird aber versuchen, seine Grundstücke im Lauf der Zeit durch freiwilligen Tausch zusammenzulegen. Da jedoch ein großer Teil der landwirtschaftlichen Arbeit sich auf dem Hof abspielt, hat der Bauer mit einem nun ausreichenden Hofraum große Verbesserungen arbeitswirtschaftlicher Natur. Die neuen Höfe werden baulich so gestaltet, daß sie einen arbeitssparenden Ablauf aller Tätigkeiten gewährleisten. Sie weisen sogenannte durchgehende Arbeitsachsen auf und ermöglichen es, daß unnötige Lastentransporte mit der Hand vermieden werden.

Eine weitere Möglichkeit zur Gewinnung größerer und verkehrsgünstiger gelegener Felder bietet bei entsprechenden Voraussetzungen das freiwillige Zusammenlegungsverfahren. Ein solches wurde z. B. in den Jahren 1957/58 auf den Gemarkungen Breisach-Hochstetten und Gündlingen über 316 ha durchgeführt bei 399 Beteiligten. Die Zahl der Grundstücke konnte von 999 auf 304 vermindert werden. Diese freiwilligen Zusammenlegungen, bei denen vor allem keine neuen Weganlagen geschaffen werden müssen, können in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt werden.

Die Flurbereinigung soll aber nicht auf den Feldern allein durchgeführt werden, sie muß sich auch auf die dazugehörige Siedlung ausdehnen, sie muß sich zur Ortsbereinigung erweitern. Im Dorf wird es zu Verkehrsvereinigungen kommen, zu Straßendurchbrüchen, zur Schaffung von Park- und Abstellplätzen, zum Bau etwa einer neuen Schule, eines Freibads, ja selbst zu Anlagen mit Ruhebänken, wie etwa in Gemmingen, Kr. Sinsheim, im ehemaligen Schloßpark. Die künftigen Wohngebiete sollen getrennt liegen von den landwirtschaftlichen Anwesen und von etwaigen Gewerbe- und Industriebetrieben. Von den bestehenden Gebäuden werden manche abgerissen, manche umgebaut werden müssen. Das alles zeigt deutlich, daß die Neuordnung einer Gemarkung keine einmalige Maßnahme, sondern ein lang andauernder Vorgang ist.

Falls keine Erweiterung der Grundfläche möglich ist, kann es zur „inneren Aufstockung“ kommen wie in Unterschefflenz, Kr. Sinsheim, durch die Schaffung von Spezial- und Intensivbetrieben. In dem genannten Ort ist dies die Hühnerhaltung. Das „Schefflenz-Ei“ ist zu einem Begriff geworden dank einer gut durchorganisierten Frisch-Eier-Lieferung. In ähnlicher Form gibt es das „Bodensee-Ei“ der Randengemeinden.

Aber damit ist die Frage der überschüssigen Bevölkerung noch nicht gelöst. Sie soll auf alle Fälle auf dem Land gehalten werden. Es soll zu keiner Abwanderung ins Ausland kommen, wie dies vor 100 Jahren der Fall war. Damals sah man das Land nach einigen Mißernten als überbevölkert an und erblickte die

beste Hilfe — im Geist der damaligen Zeit — darin, den Ortsarmen die Überfahrt nach Nordafrika oder Nordamerika zu zahlen. Es soll aber auch keine weitere Zuwanderung in die Städte erfolgen. Es gilt, Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land zu schaffen. Im Landkreis Sinsheim besteht z. B. der Plan, das Kreisgebiet langsam gewerblich und industriell zu durchdringen. Neue Schwerpunkts-gemeinden sollen gebildet werden, die die Aufgaben der früheren Landstädte zu übernehmen haben. Pendlern mit ungünstigen Wegen sollen andere Beschäftigungsmöglichkeiten an anderen Stellen gegeben werden. Über ähnliche Pläne in den Landkreisen Emmendingen und Freiburg i. Br. unterrichtet der Struktur-Atlas der Planungsgemeinschaft Breisgau.

In England versucht man durch die Schaffung von „Neuen Städten“ und durch Bildung von Grün-Gürteln um die Riesenstädte das Wachstum der Stadt-Giganten zu bremsen. Der Verfasser konnte in diese Vorgänge im Sommer 1964 wertvolle Einblicke gewinnen.

In Schweden ist es zu andersartigen Vorgängen als bei uns gekommen. Die innere Kolonisation ist dort im Rückgang begriffen. Diese Änderung hat um 1840 herum begonnen mit Massenabwanderungen nach Nordamerika, ähnlich wie zunächst auch in Deutschland. Um 1850 fing die Industrialisierung mit den ersten Dampfsägen an. Der eigentliche Siedlungsrückgang, die Landflucht begann um 1870. Der Kampf gegen die schlechten Böden, die große Kälte und die weiten Entfernungen wurde zunächst von den Kleinstgrundbesitzern aufgegeben, die ihre Existenz teilweise nur dem Kartoffelanbau verdankten. Diese erst im 19. Jahrhundert errichteten Kleinsiedlungen stehen heute leer. Es finden sich Ruinen in allen Stadien des Zerfalls. Der Wald dringt vor.

Aber nicht nur die kleinen Hütten, auch die Höfe von kleineren Bauern verschwinden. Denn die moderne Landwirtschaft mit ihren wenigen noch zur Verfügung stehenden Helfern — die meisten sind zur Industrie in die Städte abgewandert — braucht starken Maschineneinsatz. Doch ist letzterer in vielen Teilen Schwedens infolge ungünstiger Geländeverhältnisse nicht möglich. Besonders gibt es zu viel Steinblöcke; sie haben ganz andere Dimensionen als bei uns.

An die Stelle nicht nur mancher Höfe, sondern ganzer Siedlungsgebiete wird wieder der Wald treten. Darüber wurden in letzter Zeit (1963) im Geographischen Institut der Universität Lund Untersuchungen angestellt von Prof. T. HÄGERSTRAND mit seinem Schüler H. ABRAHAMSON. Andere Höfe werden zusammengelegt; man tauscht auch Gelände oder pachtet es gegenseitig. Auf dem Lande stehen jetzt in Schweden Wohnungen leer, während in den Städten Wohnungsmangel herrscht. Die Holländer haben das begriffen; sie mieten nun die leeren Häuser zum Ferientaufenthalt. Sie sind zum Teil noch gut erhalten. Als wir uns im Jahr 1960 im Raum von Wetter- und Vänersee darüber wunderten, daß an einem leerstehenden Haus die Fensterscheiben noch ganz waren, meinte ein Schwede: es gibt eben auch keine Kinder mehr, die sie einwerfen können. Die ganz alten Siedlungsgebiete haben sich am besten gehalten. Es sind dies vielfach die heute offenen, d. h. waldarmen und flachen Teile Schwedens.

Die Zuwanderung in die größeren schwedischen Städte nimmt zu; selbst die kleinen ländlichen Zentren stagnieren. Daher sucht man jetzt neue Formen der Gemeinden zu schaffen; sie sollen einen zentralen Ort und eine Gruppe von ländlichen Siedlungen umfassen. Zum Teil verlassen die Bauern ihre Einzelhöfe und siedeln mit der Begründung zusammen, daß es heute im Zeitalter der Motorisierung unwesentlich sei, wenn die Felder weiter entfernt liegen würden!

Kurz sei darauf hingewiesen, daß Finnland nach 1945 den gegenteiligen Weg gehen mußte. Es galt die Vertriebenen anzusiedeln. Es blieb keine andere Wahl, als sie durch Errichtung neuer landwirtschaftlicher Betriebe rasch unterzubringen. Durch die notwendig gewordene Landabgabe wurden die bei dem rauen Klima und den schlechten Böden an und für sich schon kleinen landwirtschaftlichen Betriebe noch kleiner. Die Parzellierung nahm zu, und zwar nicht nur die des offenen Landes, sondern auch die der Waldgebiete. Die große Frage ist nun, ob sich die Investition lohnen wird, oder ob die Bauern auch da wie in Schweden abziehen werden. Denn gleichzeitig mit diesen Vorgängen ist die finnische Industrie gewachsen, da die Reparationsleistungen an Rußland als Sachlieferungen abzugelten waren.

Kehren wir nach Mitteleuropa zurück zu der Frage, wie hier Land für die Aufstockung von landwirtschaftlichen Betrieben gewonnen werden kann. Zum Teil ist es möglich, Grundstücke von den zur Industrie abwandernden Kleinbauern zu kaufen. Sie werden dann als Landzulage den Bauern gegeben, die bei ihrem Beruf bleiben wollen. Damit ist aber nur ein geringer Teil des zur Umgestaltung nötigen Grund und Bodens gesichert. Beschaffung von Siedlungsland kann auch nach den Bodenreformgesetzen erfolgen, nach denen Grundbesitz über 100 ha Größe einer Abgabepflicht unterliegt. Zum überwiegenden Teil handelt es sich jedoch dabei in Südbaden um Streuparzellen, die an Kleinlandwirte verpachtet waren. In der Regel werden sie nach der Abgabe zur Aufstockung dieser Betriebe verwendet, die sie vorher in Pacht hatten. Größere Flächen konnten von der Badischen Landsiedlung durch den freihändigen Landerwerb nach dem Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 erworben werden. Nach seiner Herkunft stammt dieses Land zum geringeren Teil aus Gemeindebesitz, einschließlic Allmendland, zum größeren aus Privatbesitz.

Bei der geographischen Darstellung stehen Beschreibung und Formenwelt der Kulturlandschaft im Vordergrund. Dinge, wie Finanzierung und Bodenpreise wurden bisher in geographischen Arbeiten — zum Teil sogar bewußt — außer Acht gelassen. Doch bei jeder Flurbereinigung, Aussiedlung, Dorfauflockerung muß man sich überlegen, womit man die Unternehmen finanziert und wie man die Mittel bekommt. Diese Probleme sind heute zu einer Art Spezialwissenschaft geworden, in der sich nur noch wenige Sachkenner zurechtfinden. Dies um so mehr, als die Mittel von verschiedenen Ministerien stammen können. Daher ist zunächst das Hauptanliegen, einen Träger für die Dorfsanierung zu finden oder eine Anstalt als Instrument staatlicher Sanierungspolitik.

Wie sich die Verhältnisse in der Europäischen Union gestalten werden, kann man noch nicht voraussehen. Sicher ist aber, daß der Qualitätsgedanke sich durchsetzen wird. Eine gewisse Spezialisierung der Betriebe wird sich nicht vermeiden lassen. Ansatzpunkte zeigen sich auch in Opfingen, wo je nach der Lage die Höfe mehr dem Weinbau oder der Viehwirtschaft sich zuwenden werden. Einen Stillstand wird es nicht geben, alles ist im Fluß. Vieles wird sich ändern, nicht zuletzt auch das Landschaftsbild.

Wertvolle Ergänzungen über das verschiedenartige Vorgehen bei der Flurbereinigung und Dorferneuerung im Kanton Aargau, im Elsaß und in Südbaden boten Vorträge und Exkursionen anläßlich des 48. Deutschen Geodärentages im Oktober 1963 in Freiburg im Breisgau.

Im Elsaß ist es bisher bei den Flurbereinigungen kaum zu Aussiedlungen gekommen; die Bauern bleiben lieber im Dorf und glauben auf das Gemeinschaftsleben nicht verzichten zu können. Diese Gewohnheit wird auf die kurze Formel

gebracht: „Der Bauer will abends ausgehen und Skat spielen können“. Von der Bäuerin ist dabei nicht die Rede, die sich nach den südbadischen Erfahrungen oft schwerer mit der Aussiedlung abfindet als der Mann.

Grundsatz in der Schweiz ist dagegen: Aussiedeln um jeden Preis, selbst wenn der erste Landwirt, der aussiedelt, auf dem neuen Hof nicht existieren könnte. Es werden Mittel zur Verfügung gestellt, und dann gilt es für den Neubauern, seine Tüchtigkeit unter Beweis zu stellen. Das privatwirtschaftliche Denken müsse abgelegt werden; es gelte Strukturverbesserungen herbeizuführen, sowie Dorfverbände aufzulockern und besser zu gestalten. So gehört in der Schweiz auch das Dorf mit zur Umlegung, um Hofgrenzen verändern zu können, was privatrechtlich nicht möglich wäre. Im Elsaß wird dagegen nur in kriegszerstörten Gebieten die gesamte Gemarkung mit Dorf und Wald in die Flurbereinigung mit einbezogen. Die starke Zunahme der nichtbäuerlichen Elemente im Dorf wurde von Schweizer Seite dahin formuliert, daß der Bauer jetzt ein Fremdkörper inmitten einer rasch zunehmenden nichtbäuerlichen Bevölkerung geworden sei. Es gelte eine harmonische Gestaltung der Räume anzustreben als Grundlage für eine gesunde Entwicklung der Menschen.

Das Ziel in den drei Räumen ist das gleiche: der landwirtschaftliche Familienbetrieb in neuer Form und Größe entsprechend der technischen Entwicklung. Die starke Veränderung der äußeren Verhältnisse wurde besonders in der elsässischen Rebgenossenschaft Bannwihr klar. Bisher sind die jungen Leute nicht vom Dorf weggezogen; der Weinbau habe so viel eingebracht, daß eine Familie von einem Besitz von 1 bis 2 ha leben konnte. Dazu kam noch etwas Ackerbau. Nun ist es aber anders geworden. Die Investition für Maschinen, die Preissteigerung für Spritzmittel und des Lohns für etwaige zusätzliche Hilfskräfte usw. bringe es mit sich, daß jetzt eine Familie 4 bis 5 ha Besitz haben müsse, um ausreichend leben zu können. Der Winzer habe auch ein Anrecht auf ein anständiges Leben. So werde nun ein großer Teil der Jungbauern abwandern müssen.

Ähnliche Probleme kennt die Schweiz für ihre Berggebiete mit ihren vielen Parzellen. Im Tessin ist die mittlere Parzellengröße 37 qm. Dazu erschwert mangelnder Wegebau die Erschließung sehr. Damit die Familien im Heimatort bleiben können, werden neue Industrien angesiedelt und Verbindungsstraßen vom Wohn- zum Arbeitsort gebaut. Im Kanton Wallis wurden von 1951 bis 1959 60 neue Industriebetriebe errichtet, die 2000 Arbeitskräfte beschäftigen. In Graubünden werden Versuche von industrieller Heimarbeit durchgeführt. Aus einem Industriezonenplan soll sich ein gesamtschweizerischer Siedlungsplan entwickeln. Sehr geklagt wird von den Schweizern darüber, daß das Kulturland eines hinreichenden Schutzes entbehre, während die Waldfläche nicht verringert werden darf. So kommt es zu einem unregelmäßigen Vordringen urbaner Elemente. Die Bodenpreise würden fortwährend steigen im Gegensatz zu den Preisen der Agrarprodukte. Es bestehe die Gefahr, daß der bisherige Entwicklungsweg: Knecht—Pächter—Bauer sich umkehre.

Erstaunlich ist, daß im Elsaß mit seiner weit fortgeschrittenen Flurbereinigung als einzige Rebgenossenschaft nur das vollkommen kriegszerstörte Bannwihr umgelegt wurde. Dagegen bestand die Tätigkeit des Flurbereinigungsamts Freiburg im Breisgau nach dem zweiten Weltkrieg weitgehend in Rebumlegungen. Damit war zugleich die Umstellung auf Pfropfreben zusammen mit Planierungsarbeiten, Anlage von Wegen und Regelung der Wasserabfuhr verbunden. Das Elsaß war uns aber in der Umstellung auf Pfropfreben voraus. Hier standen schon beim Einsetzen der Flurbereinigungsmaßnahmen neue Reben. Zum Teil hatte

auch freiwilliger Landtausch stattgefunden. So konnten sich die Elsässer bisher mit dem Gedanken einer Rebflurbereinigung nicht befreunden.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß eine Fülle und Vielgestaltigkeit des Neuen zu bemerken ist, die sich im Landschaftsbild sehr stark auswirkt. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß durch diese Änderungen die davon berührten Bewohner der Landgemeinden sich mit tiefgreifenden Umstellungen auseinandersetzen müssen. In einer schwedischen volkskundlichen Arbeit wurde festgestellt, daß die dortigen Bauern in den für Schweden kriegslosen letzten Jahrhunderten nur von zwei großen Ereignissen betroffen wurden: von der Reformation und von der Aussiedlung, die dort in einer Auflösung der Dörfer bestand. So bedeutet die Flurbereinigung mit der Dorferneuerung eine tief einschneidende Angelegenheit, wie sie nicht jede Generation zu bestehen hat.

Aussprache

Kreisdenkmalpfleger R. KELLER, Freiburg i. Br., ergriff als erster das Wort und legte dar, wie sich im Altsiedelland für die Denkmalpflege durch die geschilderten großen Umwälzungen ungeheure Probleme herausstellen. Die Struktur der Dörfer sei historisch gewachsen; sie sollte in ihren wesentlichsten Elementen nicht untergehen. Heute würden durch Technisierung und Bevölkerungsverschiebungen Veränderungen eintreten, die nicht aufgehalten werden könnten, mit denen man sich aber auseinanderzusetzen hätte, und die man mit den denkmalpflegerischen Interessen vereinen müsse.

Das Hauptgewicht legt der Diskussionsredner auf die Notwendigkeit einer umfassenden Inventarisierung des überkommenen Bestandes. Die Gestalt der Dörfer ändere sich von Jahr zu Jahr; aber bisher sei wenig unternommen worden, den alten Zustand festzuhalten. Letzterer werde später nur noch mühsam zu erkennen sein. Dorf für Dorf sollte aufgenommen werden. In den Dorfanlagen seien Gegebenheiten abzulesen, die auf die Geschichte eines Jahrtausends zurückgehen. Die Relation der archivalischen Urkunden und der Fakten in den Dörfern (z. B. einzelner Lehenshöfe) sei noch wenig untersucht. Das Kunstdenkmälerwerk habe zu wenig erfaßt. Es werde künftig eine reine Nutzstruktur entstehen. Die Denkmalpflege wolle die Entwicklung durchaus nicht beschweren und habe vor allem nicht die Absicht, die künftig notwendigen Lebensgrundlagen des Bauernstandes zu behindern. Zusammenfassend betonte der Redner nochmals als wichtigstes: Inventarisierung mit photographischer Aufnahme des bisherigen Zustandes der Dorfanlage und einzelner Baudenkmale.

Altlandesplaner Dr.-Ing. G. LANGEN, Breisach am Rhein († 17. 4. 63) betonte, es gehe nicht nur um die Dörfer, sondern auch um die Bäume. Alte Bäume würden rücksichtslos umgelegt mit der Begründung, daß Traktoren benützt werden müßten, neues Bauland gewonnen würde, u. a. auch aus Gedankenlosigkeit.

Deshalb sei auch die Inventarisierung der alten Bäume notwendig, sowohl innerhalb der Siedlungen als auch auf freiem Gelände. Außerdem müßten Gebüsche und Gehölze mehr als bisher berücksichtigt werden. Ihr Einfluß auf das Mikroklima (Feuchtigkeit des Bodens, Schattenwirkung, Windschutz, Frostschutz, als Vogelheimat für die Schädlingsbekämpfung) sei bekannt und solle weiter erforscht werden, ehe man nichtwiedergutzumachende Eingriffe vornehme.

Zahlreiche Beispiele landwirtschaftlicher Katastrophen aus den USA seien hier

bekannt. Jetzt bringe die Rationalisierung und Technisierung der europäischen Landwirtschaft uns den gleichen Gefahren näher, wie es sich in Frankreich in den Departements Gers und Morbihan gezeigt hätte. Die amerikanischen Methoden müssen sich in Europa um so schädlicher auswirken, als wir es hier mit einem seit vielen Jahrhunderten bebauten, gedüngten und gepflegten, stark aufgegliederten Garten zu tun haben, der auf jeden Eingriff mit großer Empfindlichkeit reagiere.

Man möchte auch nicht vergessen, daß es jetzt gälte, in noch nie versuchter Weise Stadt und Land in eine Wechselbeziehung zu bringen, die es beiden ermöglicht, dem heutigen Menschen in seiner stark veränderten Lage zur Heimat zu werden. Wo soll in Zukunft unsere nichtbäuerliche Bevölkerung bleiben? In welchen Freiflächen werde sie sich bewegen? Es gebe Gebiete, die sonntags unerträglich geworden seien. Wir müßten Freiflächen schaffen, wo sich die Menschen bewegen können. Wir werden verschiedene Zonen von Ballungsgebieten festlegen müssen von den rein bäuerlichen bis zu den industriellen. Die Schaffung von Zwischenzonen sei nötig. Dazu würden wir ein Freiflächengesetz brauchen.

Professor Dr. FR. METZ, Freiburg i. Br., erklärte, im tiefsten Grunde seien die angeschnittenen Fragen agrarpolitische Probleme. Als Geograph stelle er fest, daß scheinbar ganz neue Siedlungsbilder entstanden seien; in Wirklichkeit sei es aber nichts Neues. Es seien viel mehr Siedlungen in den vorhergehenden Epochen untergegangen, als heute bestehen würden. Früher habe man dabei an Naturkatastrophen und Klimaschwankungen gedacht, die diese Änderungen hervorgerufen hätten. Das sei in einigen Fällen auch sicher der Fall gewesen, wie etwa im Überschwemmungsgebiet des Rheins. Meist hänge aber das „Wüstwerden“ mit wirtschaftlichen Gründen zusammen. Ökonomische Fragen würden auch heute wieder im Vordergrund stehen. Als Beispiel dafür nannte er die Arbeit von Pfarrer Dr. FUTTERER, Achkarren (Kaiserstuhl) über Riegel im Alemannischen Jahrbuch. Früher habe es eine große Zahl von kleineren Siedlungen gegeben, bis man die Leute gezwungen habe, in das Dorf zu ziehen. Untersuchungen von Professor HERMANN AUBIN, nun Freiburg i. Br., über die Rheinprovinz hätten ergeben, daß weit zerstreute Siedlungen infolge der Unsicherheit und der Fehden aufgegeben wurden, um zusammen zu siedeln. Jetzt werde durch die Aussiedlungen der alte Zustand vielfach wieder hergestellt.

Die heutigen Höfe würden sehr nüchtern aussehen. Man müsse bedauern, daß auf die überlieferte ländliche Bauweise kaum noch Rücksicht genommen werde, und daß die so bezeichnenden landschaftlichen Unterschiede nivelliert werden. Natürlich müsse das neue Bauen den modernen Anforderungen der Landwirtschaftstechnik angepaßt werden, aber schließlich müsse doch ein Weg zu finden sein, um zu verhindern, daß die neuen Siedlungen fremdartig in ihrer Umgebung wirken. Auch Ministerpräsident KIESINGER habe sein Bedauern über die Gleichmacherei ausgesprochen. Es sei unerträglich, daß nun die Bauernhöfe vom Norden bis zum Süden unseres Vaterlandes alle einander gleichsehen würden.

Oberregierungsrat Dr. H. NASSALL (Landratsamt Freiburg i. Br., nun Regierungspräsidium Südbaden, Freiburg i. Br.) berichtete darüber, daß im Landkreis Freiburg die Gemeinde Opfingen als Musterdorf für eine Dorferneuerung ausserordentlich sei. Bei der Dorfsanierung gehe es nicht nur um die Verbesserung der Agrarstruktur. Das Dorf solle heute in all seinen Funktionen saniert werden, denn es habe jetzt sehr viele Funktionen. Die bäuerliche Siedlungsgemeinde trete immer mehr in den Hintergrund. Personen, die ihre volle Existenz in der Land-

wirtschaft fänden, würde es immer weniger geben. Immer stärker werde der Anteil der reinen Wohngemeinde. Im Fall Opfingen sei dies auf Zuwanderer aus Freiburg zurückzuführen. Für die stadtnahen Gemeinden sei die Abwanderung kein Problem, vielmehr sei die Hauptsorge die Zuwanderung aus der Großstadt. Das bäuerliche Element sei in die Verteidigung gedrängt worden. Das wirke sich auch in der kommunalen Führung aus: im Gemeinderat seien die Bauern nicht mehr in der Mehrheit. Die Nichtlandwirte würden ihre Interessen in den Vordergrund stellen, und rein bäuerliche Fragen müßten zurücktreten. Es bestehe die Gefahr, daß die Landwirte durch die Verhältnisse überrollt würden.

Die Sanierung des Dorfes müsse vom Dorfkern ausgehen. Dies erfordere eine Fülle von Maßnahmen. Bei der Planung für den Außenbereich müsse man zuerst wissen, wie viele Menschen aus dem Dorf aussiedeln, bzw. in Neubaugebiete umgesetzt werden müßten, um Platz zu schaffen.

Kein Mensch könne die Entwicklung voraussehen. Schwer lösbar seien Fragen wie die: Wie viele Menschen wollen noch in Opfingen bauen? Wie wird sich weiterhin im Dorf die Industrie entwickeln? Aber für die Planung müsse man ein klares Ziel haben.

Ministerialrat E. MAIER (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Stuttgart) wies in seinen einleitenden Worten auf die vielfältigen Dorfformen unseres Landes hin. Der große Anteil an Haufendörfern setze der Modernisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die oft planlose Entwicklung der Dörfer, zu kleine Hofräume, gemeinsame Hofeinfahrten, veraltete enge Gebäude, Stockwerkseigentum usw. sind die Ursachen. Der ständigen Zunahme des Verkehrs sind die oft mangelhaften Ortsdurchfahrten nicht mehr gewachsen. Zu all diesen technischen Mängeln gesellt sich der gesellschaftliche Umstrukturierungsprozeß.

Um eine durchgreifende Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sämtlicher Betriebe im Dorf zu erzielen, ist in vielen Gemeinden eine Neuordnung von Dorf und Flur erforderlich. In Gemeinden mit ländlichem Charakter läßt sich die räumliche Ordnung von Dorf und Flur nach den Bestimmungen des Flurbereinigungsgesetzes durchführen. Als weitere Hilfe steht das Bundesbaugesetz zur Verfügung.

Baden-Württemberg hat in fünf Dörfern² Beispielsmaßnahmen eingeleitet mit dem Ziel, die strukturellen Verhältnisse sowohl in der Flur als auch im Dorf neu zu ordnen. Die Maßnahmen greifen dabei in den gesamten Dorfbereich über, da die eng verzahnten Verhältnisse nur so entflechtet werden können. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Flur- und Dorflage.

Ein Flächenaustausch in der Ortslage bringt Schwierigkeiten, die durch die Einbeziehung der Flurlage erfolgreicher gelöst werden können.

Die Gewinnung von Aufstockland bildet die Grundlage für die Schaffung von bäuerlichen Familienbetrieben. Flächen für kommunale Aufgaben sind bereitzustellen. Durch die Aussiedlung einer Vielzahl von Betrieben gibt es im Dorf Raum, um eine Lösung für die anderen Probleme leichter zu finden. Der Abbruch von Altbäuden ist oft der einzige Weg, um überhaupt weiterzukommen. Verbleibende Hofstellen können mit der gewonnenen Fläche erweitert werden,

² Es sind dies: Stebbach, Kr. Sinsheim, Reg.-Bez. Nordbaden; Merchingen, Kr. Buchen, Reg.-Bez. Nordbaden; Hollenbach, Kr. Künzelsau, Reg.-Bez. Nordwürttemberg; Mehrstetten, Kr. Münsingen, Reg.-Bez. Südwürttemberg-Hohenzollern; Opfingen, Kr. Freiburg, Reg.-Bez. Südbaden.

oder die Flächen werden für eine Straßenverbreiterung oder sonstige Zwecke verwendet.

Für alle diese Aufgaben benötigt die Gemeinde einen Siedlungsträger. Sie ist nicht in der Lage, in ferner Sicht zu denken. Es bedarf einer geschickten Koordination, die beteiligten Behörden in der Durchführung der Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Die Koordination ist das Wichtigste.

Die Auswahl der Dörfer erfolgte nach verschiedenen Kriterien. Neben Gemeinden mit noch stark bäuerlichem Charakter wurde auch eine Gemeinde in Stadtnähe ausgewählt, wo zusätzliche Probleme der Dorferneuerung mit hereinspielen.

Allen Durchführungsmaßnahmen muß eine gründliche Bauleitplanung nach dem Bundesbaugesetz vorangehen. Diese Planung muß durch Unterlagen über vorhandene Gebäudesubstanz, Berufs- und Sozialstruktur u. a. ergänzt werden.

Das im Entwurf vorliegende Städtebauförderungsgesetz bedarf noch einer weiteren Überprüfung. Alle Hoffnungen, die Dorferneuerung auf breiter Front einzuleiten, gründen auf der Brauchbarkeit dieses Gesetzes. Es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit das Gesetz in Kraft tritt und vor allem die Belange unserer Dörfer berücksichtigt. Es darf, vielmehr es muß in diesem Zusammenhang die Sorge ausgesprochen werden, daß vielleicht die Städte mit fertigen Planungen von Großprojekten hervortreten, die ein Vielfaches des Bedarfs für die ländlichen Gemeinden ausmachen. Es ist unsere Pflicht und auch die Verantwortung der Gemeinden, das Problem der Dorferneuerung zu durchdenken und die innere Bereitschaft zu wecken.

Herr KERN aus Schönau im „Wiesental“ machte sich zum Sprecher seiner Landschaft. Was solle aus dem hintersten „Wiesental“ werden mit seiner starken Industrialisierung und seinen steilen Hängen? Die Weidfeldverbesserung würde gleichzeitig Pflanzen und Insekten vernichten. Wie könne man diesen Kleinstbauern helfen, die daneben noch Waldarbeit verrichten würden? Sozialbrache mache sich bemerkbar.

Oberlandwirtschaftsrat W. STIFEL (Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband E. V., Freiburg i. Br.) gab Auskunft über die Verhältnisse im „Wiesental“ (der sprachlich richtige Ausdruck „Wiesetal“ ist im Volksmund nicht gebräuchlich). Hier hätte sich die Industrie in den letzten Jahren sehr vorwärts entwickelt. Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe mit ihren geringen Böden würden sehr schlechte Erträge haben. Daher würde in der Industrie mehr verdient werden als zu Hause. Die Güter würden als Feierabendbetriebe umgetrieben mit starker Mithilfe von Frau und Kindern. Es sei sehr schwer, hier eine Aufstockung durchzuführen. Die Lagen seien steil und von minderem Ertrag; es seien sogenannte Grenzertragsböden.

In Südbaden hätten wir noch sehr große Flächen, die als Grenzertragsböden bezeichnet werden. Um auf möglichst einfache Art und Weise schlüssig zu werden, was mit diesen Flächen geschehen soll, bestehe schon seit Jahren eine Vereinbarung mit der Landesforstverwaltung dahingehend, daß die Flächen, die sich für landwirtschaftliche Nutzung (in der Hauptsache Grünland, Weide) eignen, dieser Nutzung zugeführt werden sollen. Alle übrigen Flächen sollen aufgeforstet werden, insbesondere dann, wenn es sich um Grundstücke handelt, die an einem steilen Nordhang liegen. Es gehe nicht darum, Landwirtschaft oder Forstwirtschaft, sondern Landwirtschaft und Forstwirtschaft.

In Betrieben, die sich in entsprechender Höhenlage befinden und keinen ausreichenden Lebensunterhalt für eine Familie bieten, werde es zweckmäßig sein, daß die Betriebsinhaber besonders im Herbst und Winter im Wald einer zusätzlichen Beschäftigung nachgehen.

Der Fremdenverkehr spiele als weitere Einnahmequelle eine Rolle³. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten habe seit vergangenem Herbst zinsgünstige Kredite für die Schaffung von Fremdenzimmern in Bauernhäusern zur Verfügung gestellt.

Die Verhältnisse seien stärker als der einzelne Landwirt. Die Stundenlöhne würden Jahr für Jahr um 10—15 % steigen. Die Landwirte würden da nicht mehr mitkommen. Auch in der Rheinebene würde mehr in der Industrie verdient als in der Landwirtschaft. Diese Dinge würden schneller laufen als die Verbesserung der Agrarstruktur. Wir kämen zu langsam vorwärts. Beim heutigen Tempo würde die Flurbereinigung noch 50 Jahre brauchen.

Regierungsvizepräsident H. SCHNARRENBARGER (Regierungspräsidium Südbaden, Freiburg i. Br.) betonte, daß nicht jede Landgemeinde ein ländliches Dorf sei. In Gemeinden mit Betrieben, die an der Grenze der Wirtschaftlichkeit liegen, sei nicht mehr viel zu machen. Wichtig sei die Bonität der Landwirtschaft. Die Dorfsanierung sei nicht nur ein Agrarproblem; zunächst gehe es um die Bodenordnungs-Struktur innerhalb des Dorfetters. Das sei Sache der Gemeinde. Natürlich hätten die Maßnahmen der Flurbereinigung damit Hand in Hand zu gehen. Die Maßnahme der Aussiedlung stelle auch ein soziologisches Problem dar. Die Kommunalwirtschaft werde dadurch stark belastet. Der Bau von Wegen und Wasserleitungen koste Geld. Die Aussiedlung zwingt die Leute u. U. weite Wege zur Schule und zu Einkäufen zurückzulegen. Es werde zunächst nicht möglich sein, die Kinder in Omnibussen zur Schule zu fahren.

Die nichtbäuerliche Bevölkerung stelle besondere Probleme. Sie seien leicht zu lösen, wenn diese Gruppe gering an Zahl sei, schwierig, wenn diese Bevölkerungsteile einen nennenswerten Prozentsatz der Einwohner darstellen würden. Es könne dann zwischen den ausgesiedelten Bauern und den Zurückgebliebenen zu Gegensätzen kommen. Die Maßnahmen der Dorfsanierung seien daher auf die Gemeinden zu beschränken, die eine überwiegend landwirtschaftliche Struktur aufweisen und gute Böden besitzen würden. Eine große Welle von Dorfsanierungen würden wir nicht erleben. Jede Sanierung dauere lange Zeit. Das Landschaftsbild werde sich nicht so rasch verändern. Den Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes könne man auch bei der Aussiedlung im allgemeinen ausreichend Rechnung tragen, wenn die Beteiligten Einsicht und guten Willen zeigen würden.

Es meldet sich weiter zum Wort Landwirtschaftlicher Assessor L. WANNENMACHER (Badische Landsiedlung GmbH, Karlsruhe). Die Dorfsanierung sei sehr vielschichtig. Voraussetzung für das Gelingen sei neben der Neuordnung der Flur (Flurbereinigung) die damit eng verknüpfte Aussiedlung. Er wolle sich daher auf das letztere beschränken.

Die Aussiedlung könne nicht befohlen werden. Für den Freiburger Raum, insbesondere aber für das Sanierungsdorf Opfingen, habe die 1955 erstellte Bauernsiedlung mit 4 Höfen als Initialzündung gewirkt. Damals sei der Gedanke der Dorfsanierung noch in weiter Ferne gelegen. In Opfingen würden die Verhält-

³ Es taucht neuerdings der Ausdruck „K- und K-Betriebe“ auf, d. h. Kuh- und Kur-Betriebe.

nisse jetzt so liegen, daß im Rahmen des laufenden Flurbereinigungsverfahrens ein neuer Siedlungsabschnitt 5 Höfe umfaßt und ein dritter und vierter mit voraussichtlich 8—10 Aussiedlungsbetrieben folgen werden. Es seien einige Schwierigkeiten wegen der Wahl des Standortes zu überwinden. Zuvor müßten Wege- und Wassererschließung sichergestellt sein. Die Wahl der Betriebsgebäude müsse den betrieblichen Erfordernissen Rechnung tragen, die Gebäude selbst harmonisch in die Landschaft eingefügt werden.

Nachteilige Auswirkungen hinsichtlich der Dorf-Aussiedlung seien auf die Dauer gesehen nicht vorhanden. Befürchtungen wegen weitem Weg zur Schule, Kirche, Einkaufszentrum usw. seien völlig gegenstandslos.

Oberregierungsrat W. RÖMER (Wasserwirtschaftsamt Freiburg i. Br.) behandelte die Wasserwirtschaft, besonders auch im Hinblick auf die in den Landgemeinden immer häufiger werdenden Industriebetriebe. Auf der einen Seite sei die Wasserversorgung zu lösen und auf der anderen die Abwasserbeseitigung. Es gelte, die Gewässer vor Verunreinigung zu schützen, damit sie wieder wie einstens dem Gemeinverbrauch in vollem Umfange dienen können.

Stuttgarter Zeitung, Nr. 219 vom 22. September 1964⁴: Nordheim, Kr. Heilbronn. Landwirtschaftsminister LEIBFRIED hat am Sonntagnachmittag (20. September 1964) in Nordheim aufs neue die Bedeutung der landwirtschaftlichen Aussiedlungsprogramme für die Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe im „Zeitalter der größten Agrarrevolution der letzten zwei Jahrhunderte“, der Annäherung an den Gemeinsamen Europäischen Markt, unterstrichen. Der Minister sprach vor über 400 Siedlern und zahlreichen Vertretern der württembergischen Landwirtschaft, die in Nordheim zu der Übergabe einer aus neun Bauernhöfen bestehenden Gruppensiedlung zusammengekommen waren. Zudem wurden weitere 88 Aussiedlerhöfe auf den Gemarkungen von 39 Orten in den nordwürttembergischen Kreisen Backnang, Crailsheim, Eßlingen, Heidenheim, Künzelsau, Leonberg, Mergentheim, Nürtingen, Öhringen, Schwäbisch Hall, Ludwigsburg und Vaihingen ihren neuen Besitzern symbolisch übergeben. Alle Höfe hat die württembergische Landsiedlung geplant und gebaut.

Der Geschäftsführer der Landsiedlung, Dr. NOLDA, teilte bei der Übergabe mit, daß dieses Neubauprogramm einen Kapitalaufwand von 19 Millionen Mark notwendig gemacht habe, wovon die Siedler selbst etwa 6 Millionen Mark aufzubringen hatten. 8 Millionen Mark mußten als Darlehen aufgenommen werden, während das Land Beihilfen in Höhe von 2,5 Millionen gewährt hat.

Besorgt äußerte sich Minister LEIBFRIED über die zunehmende Erhöhung der Baupreise, die im letzten Jahr zu einem spürbaren Rückgang der Zahl neuer Aussiedlerhöfe geführt habe. Wörtlich sagte LEIBFRIED: „Ich werde an meinem Grundsatz festhalten, daß für Amortisation und Verzinsung eines solchen Vorhabens alljährlich nicht mehr als 300 Mark je Hektar ausgegeben werden dürfen.“ Übersteigen die Ausgaben diesen Satz, dann sei ein Aussiedlerhof nicht mehr lebensfähig. Der Minister appellierte an die Landwirte, Verständnis auch bei der notwendigen Zusammenlegung größerer Flächen zu zeigen. Auf diesem Gebiet habe man schon beträchtliche Fortschritte erzielt. Man sei von 19 000 Hektar auf 38 000 Hektar im Jahr gekommen, jedoch dem Ziel, 50 000 Hektar zu schaffen, noch fern. Gegenwärtig seien in Baden-Württemberg 600 000 Hektar Fläche in Bearbeitung. Mit Nachdruck wies LEIBFRIED aber auch darauf hin,

⁴ Als neuester Bericht über den augenblicklichen Stand der Dinge.

daß es mit der Aussiedlung allein nicht getan sei. Es müsse auch das Problem der Dorfsanierung angepackt werden. Dieses Programm müsse Vorrang vor der Bereinigung der Stadtkerne haben.

Frau LISA GJESSING ANDERSEN, Skogfoss bei Kirkenes (Norwegen)⁵: Man muß die Stadt aufs Land und das Land in die Stadt bringen, war ein Schlagwort, das 1938 von Regulierungschef AUGUST NIELSEN in Oslo (auf der Ausstellung Vi Kan, Abteilung Städtebau, Plan von Åker) verwendet wurde.

Man wollte damit sagen, daß die Vorteile der Stadt — die Konzentration und die größere Auswahl — sowohl in materieller wie in geistiger Hinsicht dem Land vermittelt werden sollten, teils durch Verbesserung der Nah- und Fernverbindungen, teils durch intensiveren Ausbau schon vorhandener Siedlungen an dafür besonders geeigneten Stellen. Auf dieselbe Weise sollten die Vorteile des Landlebens den Stadtbewohnern zugänglich gemacht werden. Sie sollten in engen Kontakt mit der unberührten Natur kommen und die Möglichkeit haben, allein zu sein, um sich von der Hetze und dem Lärm des Verkehrs zu befreien.

Diese Gedanken wurden später — noch immer unter der Leitung von AUGUST NIELSEN — deutlicher ausgeführt in einem Planschema mit zusammenhängenden Grünflächen vom Stadtkern bis in die Wälder der fernerer Umgebung. Es handelte sich um die beiden Gemeinden Oslo und Åker. Bei der späteren Bearbeitung des Planes wurden sämtliche vorhandenen und in Zukunft noch möglichen Ausflugswege für Winter und Sommer ausprobiert und in das Grünflächennetz eingefügt, das sich über beide Gemeinden erstreckte, die heute zusammen das Stadtgebiet von Oslo, der Hauptstadt Norwegens, bilden.

Als Vorteil erwies sich, daß bebaute Flächen in natürlicher Aufteilung als größere und kleinere Einheiten erhalten blieben. Das gab die Möglichkeit individueller Ausführung, und es blieb Raum genug für sportliche Betätigung von Schulen und Vereinen in günstiger Lage an der Peripherie des Baugeländes. Der Plan des Grünflächennetzes wurde vom heutigen Chef des Osloer Planungswesens, ERIK ROLFSEN, zur Grundlage für den Generalplan von Oslo verwandt (Generalplan for Oslo 1957, Oslo reguleringsvesen, heute Oslo byplankontor genannt).

In Bergen hat man vor kurzem den Plan für einen neuen Stadtteil von 20 000 bis 25 000 Einwohnern ausgearbeitet. Das Gelände ist durch einen Hügel vom Stadtkern getrennt, so daß ein Tunnel zur Verbindung nötig ist. Neuere Prinzipien der Stadtplanung wurden verwendet, z. B. Trennung von Fußgängerwegen und Autostraßen. Auch bei der Planung der Grünflächen ist man einen Schritt weitergegangen: ein Gartenarchitekt der städtischen Behörde analysierte zusammen mit einem Stadtplaner den Bedarf an Grünflächen für jedes Lebensalter. Das erarbeitete Schema wurde auf den Plan übertragen als Unterlage für spätere Detailplanung. Im Gegensatz zu früher beschränkte man sich nicht darauf, die Größe der Flächen festzustellen, sondern wies auch den Zweck der einzelnen Flächen nach, z. B. in Verbindung mit Schulen und Sportanlagen. Hier wurden die Schulen in die Grünfläche hineingelegt, jedoch mit einigen Autozufahrten, ohne den Zusammenhang der Parkanlagen zu stören (Plan for Fylingsdalen-Bergen 1963).

Die bewußte Verwendung von Grünflächen als lebenspendende und auflockernde Faktoren in der Planung ist von mehreren Städten bekannt. An erster

⁵ Die Städtebauerin Frau LISA GJESSING ANDERSEN erhielt durch Frä. Oberstudienrätin I. LANGEN, Breisach am Rhein, Einblick in das Manuskript und nahm hierzu völlig überraschend Stellung, wofür ihr bestens gedankt sei.

Stelle steht in dieser Hinsicht wohl der Plan von Boston, der Anfang der dreißiger Jahre herauskam.

Man darf sich jetzt wohl fragen, ob hier nicht ein Planungsprinzip vorliegt, das festzuhalten wäre und deswegen bewußter ausgearbeitet werden sollte. Seine Anwendbarkeit auf die Landesplanung sollte geprüft werden, und die praktischen Fragen des Grundstückserwerbs und der Finanzierung sollten gelöst werden. Eine Standardlösung gibt es hier nicht, ebensowenig wie auf anderen Gebieten des Städtebaus, aber gute Beispiele können anregend wirken. Der 1963 verstorbene Landesplaner GUSTAV LANGEN schlug ein grünes Netz vor, in dem Fußgänger und Radfahrer sich von der Nordseeküste bis zu den Alpen bewegen könnten, ungestört vom motorisierten Verkehr.

Ein derartiges Grünflächennetz ist elastisch und kann jetzt noch nicht bekannte zukünftige Aufgaben erfüllen bei entsprechendem Ausgleich. (Wer in bestimmten Ländern einen Baum entfernt, ist vom Gesetz gezwungen einen neuen zu pflanzen.) Die neue Lebensweise muß eine neue Form der Planung und des Bauens hervorrufen, um Land und Stadt besser zu koordinieren, so daß die Menschen in Zukunft sowohl ihr Bedürfnis zur Gemeinschaft als auch zur Isolation und zum Kontakt mit der Natur befriedigen können. Jetzt brauchen wir Menschen, die über das Alltägliche hinausblicken und die sich heute bereits damit beschäftigen, die Zukunft vorzubereiten. In unserem technischen Zeitalter verlangt man auch von den Städtebauern, daß der Erfolg ihrer Arbeit unmittelbar ins Auge fällt. Weiter vorausschauende Planung wurde mit Tagträumerei verwechselt. Jetzt fängt man an zu begreifen, daß Phantasie und Forschung nötig sind, bevor man mit dem schöpferischen Teil der Arbeit beginnt. Deswegen ist es heute so wichtig, daß wir uns Zeit nehmen. Wir müssen haltmachen und feststellen, wo wir uns befinden, um richtig für die Zukunft zu disponieren. Nicht wenig geschieht bereits in dieser Richtung: Vorträge, Diskussionen und gelegentliche Gespräche.

Es handelt sich also um drei Punkte:

1. bewußter als vorher die Natur zu schützen,
2. behutsam zu planen, um das Beste des bisher vom Menschen Geschaffenen zu erhalten,
3. Sanierung in richtiger Form durchzuführen.

Als ein Beispiel hierfür möchte ich die Arbeiten des französischen Städtebauers GASTON BARDET anführen. In bestehenden Dörfern werden Zentren gebildet, die langsam wachsen und nicht mehr als 4000—5000 Menschen haben sollen. Die Einwohner gehören den verschiedensten Berufen an. Dorfsanierung und Neubauten werden einheitlich durchgeführt, einige wenige Haustypen sind vorgeschrieben. Ausnahmen werden in den Plan eingearbeitet. Neben den vorhandenen Bauern arbeiten die Frauen und Kinder der anderen Familien teilweise in Garten und Feld und in kleineren neu errichteten Betrieben. Die Männer von mehreren größeren und kleineren Zentren fahren zur Arbeit in die Betriebe der nahegelegenen Großstadt. Größere Zentren haben weiterführende Schulen, Kinos und andere öffentliche Einrichtungen, wodurch die Großstädte entlastet werden.

In Israel hat man bereits dieses Prinzip der Verflechtung von Stadt und Land zur Grundlage der Landesplanung gemacht. Es wurde im Ansatz zum Internationalen Städtekongreß in Tokio 1958 vorgelegt und 1964 beim Kongreß in Jerusalem an ausgeführten Beispielen im Land gezeigt.

Das Schlußwort sprach der Vorsitzende des Badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz, Dozent Dr. M. SCHNETTER, wobei er besonders die Bedeutung des Naturschutzes hervorhob. Er berichtete über das vom Redner zitierte älteste deutsche Aussiedlungsgebiet im Allgäu, wo er in der Umgebung von Ottobeuren Einödhöfe und Weilerhöfe mit modernster Wirtschaftsführung und gutem Ertrag antraf. Trotzdem sei dort eines der schönsten natürlichen Landschaftsbilder Deutschlands erhalten geblieben mit großen schattenspendenden Baumgruppen, langen und dichten Heckenreihen und natürlichen Bach- und Flußläufen. Er glaube, daß die vielfältigen Maßnahmen einer Dorfsanierung nicht nur in der Finanzierung, sondern besonders in der Planung weit über die Kraft der einzelnen Gemeinde hinausgingen, vor allem wenn man an die notwendige Koordinierung mancher Vorhaben zwischen den Nachbargemeinden denke. Es sei zu verstehen, daß der deutsche Bauer heute in seinem Existenzkampf und in der Furcht vor den Folgen einer europäischen Union kaum Verständnis für Naturschutzbestrebungen aufbringen könne. So sollten Planungsgemeinschaften und Regierungstellen noch stärker mitwirken. In Baden-Württemberg, das den Naturparkgedanken ablehnt und daher im Naturschutz Waldgebiete bevorzugt, könne man durch Ankauf geeigneter Grenzertragsflächen Naturschutzgebiete sowie durch Sorge für eine gewisse landschaftliche Schönheit Wander- und Erholungsgebiete schaffen, die letztlich der Dorfgemeinschaft auch wirtschaftliche Vorteile bringen.

Schrifttum:

- ARNOLD, Dorfsanierung in der Flurbereinigung. Erfahrungen beim Verfahren Stebbach (Baden-Württemberg). — Allgemeine Vermessungsnachrichten, 70, S. 406—410, 1963.
- AUBIN, H.: Geschichtliche Landeskunde — Rheinische Neujahrsblätter, 4, 1925.
- BADEN-WÜRTTEMBERG, Neuordnung von Dorf und Flur, hrsg. v. d. Agrarsozialen Gesellschaft. — Göttingen 1963.
- BLUM, E.: Die Feldbereinigung auf Gemarkung Merdingen, eine agrarpolitische Studie (= Volkswirtschaftl. Abhdl. d. Badischen Hochschulen, 2, H. 3). — Freiburg, Leipzig, Tübingen 1899.
- BUCHENBERGER, A.: Agrarwesen und Agrarpolitik, Bd. 1, 2 (= Lehr- und Handbuch der politischen Ökonomie 3, 2). — Leipzig 1892/93.
- CZAJKA, W.: Der schlesische Landrücken, eine Landeskunde Nordschlesiens, 2. Breslau 1938.
- DIETZE, C. v.: Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege (= Verhdl. u. Ber. d. Ausschusses z. Untersuchung d. Ernährungs- u. Absatzbedingungen d. dt. Wirtschaft, Unterausschuß f. Landwirtschaft, 10). — Berlin 1930.
- Die deutsche ländliche Siedlung; Formen, Aufgaben, Ziele, hrsg. v. Preuß. Min. f. Landwirtschaft, Domänen u. Forsten, 2. Aufl. — Berlin 1931.
- ENDRISS, G.: Veränderungen in der Kulturlandschaft des Landes Baden (= Beitr. z. Statistik u. Landeskde. v. Baden, Februar 1950). — Freiburg i. Br. 1950.
- Oberbadische Dorfuntersuchungen. — Ber. naturforsch. Ges. Freiburg i. Br., 45, S. 65—93, 1955.
- Rebumlegung und Veränderung der Landschaft. — Mitt. bad. Landesver. Naturkde. u. Naturschutz N. F., 7, S. 69—76, 1957.
- Aussprache zum Referat Rebumlegung und Veränderung der Landschaft. — Mitt. bad. Landesver. Naturkde. u. Naturschutz N. F., 7, S. 164—168, 1958.
- Landeskundliche Exkursion in den Kaiserstuhl am 12. Juni 1960. — Mitt. bad. Landesver. Naturkde. u. Naturschutz N. F., 7, S. 493—503, 1960.

- ENDRISS, G.: Dorfuntersuchungen im Breisgau. — Alemannisches Jahrbuch, S. 130—157, 1960.
- Die Separation im Allgäu (= Referat auf dem Internat. Geographenkongreß 1960, Symposium: Morphogenesis of the agrarian cultural landscape). — Geografiska Annaler, 43, S. 46—56, Stockholm 1961.
 - Flurbereinigung und Dorfauflockerung im Raum von Freiburg im Breisgau (= Referat auf dem Internat. Geographenkongreß 1960, Symposium: Agrarian Geography). — Freiburg i. Br. 1960 [Masch.-Schr.]
 - Vom Batzenberg und seinem Rebbau. — Mitt. bad. Landesver. Naturkde. u. Naturschutz N. F., 8, S. 315—338, 1962.
- FISCHER, A.: Die Vereinödung in Oberschwaben, Manuskript Reprostelle d. Flurbereinigungsverwaltung Baden-Württemberg. — Ludwigsburg o. J.
- FLURBEREINIGUNG IN EUROPA, bearb. v. E. JACOBY, hrsg. v. Internat. Inst. f. Landgewinnung und Kulturtechnik. — Wageningen/Holland 1961.
- FLURBEREINIGUNG in Verbindung mit Aussiedlungen im Realteilungsgebiet, hrsg. v. Landesamt f. Flurbereinigung u. Siedlung Baden-Württemberg. — Stuttgart 1963.
- FORSCHUNGSERGEBNISSE UND FORSCHUNGSVORHABEN, hrsg. v. Institut f. Agrarpolitik u. Sozialökonomik d. Landbaus an d. Landw. Hochschule Hohenheim. — Hohenheim o. J. [um 1958].
- FÜNF JAHRE Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation. — Berlin, Bonn 1962.
- FUTTERER, A.: Das Dorf Riegel vor und nach seinem Ausbau im 12. Jahrhundert. — Alemannisches Jahrbuch, S. 90—106, 1953.
- GÜTER- UND WALDZUSAMMENLEGUNG, AGRARSTRUKTUR UND PLANUNG, hrsg. v. d. Schweiz. Fachorganisation f. Kulturtechnik u. Vermessungswesen. — Solothurn 1961.
- GUTERSOHN, H.: Harmonie in der Landschaft, Wesen und Ziel der Landesplanung (= Schriftenfolge d. Schweiz. Vereinig. f. Landesplanung, 1). — Solothurn o. J.
- Siedlungen. — S. A. aus: Handbuch d. Schweiz. Volkswirtschaft, 1955.
 - Landesplanung und Landwirtschaft. S. A. aus: „Plan“, Schweiz. Zeitschr. f. Landes-, Regional- u. Ortsplanung 1960.
 - Die Geographie als Grundlage der Orts-, Regional- und Landesplanung. — Geographie und Entwicklungsplanung (= Basler Beiträge zur Geographie u. Ethnologie, Geographische Reihe, 5, S. 7—24). — Basel 1963.
- HAHLEN, H.: Rebflurbereinigung im südbadischen Raum. — Allgemeine Vermessungsnachrichten, 70, S. 417—424, 1963.
- HARTKE, W.: Zur Kulturgeographie der ländlichen Neusiedlung. — Z. Ges. Erdkde., S. 347—370, Berlin 1933.
- Ländliche Neusiedlung als geographisches Problem. — Erdkunde, 1, S. 90—106, 1947.
 - Die „Sozialbrache“ als Phänomen der geographischen Differenzierung der Landschaft. — Erdkunde, 10, S. 257—269, 1956.
- HERRMANN: Dorferneuerung als kommunalpolitische Aufgabe. — Sinsheim (Landratsamt) 1963 [Masch.-Schr.]
- HOLFELDER, G.: Verbesserung der Agrarstruktur in den Naturlandschaften des Regierungsbezirkes Südbaden durch Flurbereinigung und ländliche Siedlung. — Diss. Rechts- u. Staatsw. Fak., Freiburg i. Br. 1955.
- HOLLENBACH: Ein Planungsbeispiel zur ländlichen Neuordnung. — S. A. aus: Folge IV d. Reihe Bauen und Planen der Gegenwart, 1942.
- KASCH, W.: Bäuerliche Neusiedlungen. — Mecklenburg, Werden und Sein eines Gaues. S. 282—287. — Bielefeld 1938.
- Dorf und Streusiedlung in Mecklenburg, Einflüsse der Separation und Neusiedlung. — Mitt. Geogr. Ges. Rostock, 26—30, S. 9—79, 1934/39.
- KOPITKE, H.: Der Kreis Lauenburg in Pommern, Entstehung und Leistung von Großgrundbesitz und Bauerntum, Teil I: Der Siedlungsraum (= Wirtschaftsgeogr. Arbeiten v. Wirtschaftsgeogr. Inst. d. Handels-Hochsch. Königsberg i. Pr., 4). — Breslau 1940.

- KREISLANDWIRTSCHAFTSSCHULE BREISACH AM RHEIN, Jahresberichte. — Breisach 1956/57 ff.
- LANDSIEDLUNG, BADISCHE, Karlsruhe, Tätigkeitsberichte. — Karlsruhe 1957/58 ff.
- METZ, F.: Land und Leute. — Stuttgart 1961.
- NEUNDÖRFER, L.: Die Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte in die westdeutsche Landwirtschaft (= Schriftenreihe f. ländl. Sozialfragen d. Agrarsozialen Ges., Göttingen, 6). — Hannover 1952.
- OTREMBÄ, E.: Die deutsche Agrarlandschaft im Wirtschaftsgeschehen der Gegenwart. — Deutscher Geographentag Würzburg 1957, S. 327—334, Wiesbaden 1958.
- PANTHER, A.: Agrarstruktur und Flurbereinigung im ehemaligen Lande Baden. — Allgemeine Vermessungsnachrichten, 70, S. 385—392, 1963.
- POSER, K.: Siedlungspolitik. — S. A. aus: Staatslexikon, hrsg. v. d. Görres-Gesellschaft, 6. Aufl. — Freiburg o. J.
- RATGEBER zur Verbesserung der Agrarstruktur, bearb. v. J. v. PLOTHO, hrsg. v. d. Gesellsch. z. Förderung d. inneren Kolonisation (= Schriften d. Ges. z. Förd. d. inneren Kolonisation, 9). — Berlin-Bonn 1957.
- RÖHM, H.: Siedlung in Südwestdeutschland? Die soziologischen Probleme des ländlichen Raumes und die Siedlungsplanung. — Stuttgart 1949.
- Probleme des landwirtschaftlichen Strukturwandels und der landwirtschaftlichen Strukturverbesserung in Baden-Württemberg. — Beitr. z. Begegnung v. Kirche u. Welt, hrsg. v. d. Akademie d. Diözese Rottenburg, 34/35, 1958.
 - Stellung und Bedeutung des bodenverbundenen Industriearbeiters in Vergangenheit und Gegenwart. — S. A. aus: Berichte über Landwirtschaft, 37, 1959.
 - Die Strukturveränderung in der Landwirtschaft und die Neuordnung des ländlichen Raumes als aktuelle Probleme der Agrarpolitik. — S. A. aus: Landw. Hochschule Hohenheim, Reden und Abhandlungen, 12, Hohenheim o. J.
 - Unsere Anpassung an die veränderte Umwelt. — S. A. aus: Archiv der D. L. G., 24, o. J.
 - Automatische oder gelenkte Anpassung der Landwirtschaft? (= Aktuelle Gespräche — Nachrichten aus der Arbeit d. Evgl. Akademie Bad Boll, Beiheft, 2). — Bad Boll 1964.
- RÖHM, H. & MÜLLER, P.: Bildechingen, Struktur und Sanierungsbedürftigkeit einer kleineren Landgemeinde im Förderkreis Horb (= Schriften d. Ges. z. Förd. d. inneren Kolonisation, 13). — Berlin-Bonn o. J.
- RUPPERT, K.: Die Sozialbrache als Übergangerscheinung, Ergebnisse von Untersuchungen in Südwestdeutschland. — Bayerisches Landwirtschaftl. Jahrbuch, 34, S. 622 bis 633, 1957.
- SCHEU, E.: Ostpreußen, eine wirtschaftsgeographische Landeskunde. — Königsberg i. Pr. 1936.
- SCHREFFER, H.: Der Kaiserstuhl, Landschaft, Siedlungen und Volkstum (= Heimatblätter vom Bodensee zum Main, 40). — Karlsruhe 1931.
- SCHÜTTE, W.: Strukturatlas, Planungsgemeinschaft Breisgau. — Freiburg i. Br. 1960.
- SCHUBNEL, H.: Erläuterungen zur Gemeindestatistik des Landes Baden, Ausgabe 1949, S. 3—6. — Freiburg i. Br. 1949.
- SCHULTZ, H.: Kultivierungs- und Siedlungstätigkeit im hannoverschen Emslande. — Arch. f. Landes- u. Volkskde. von Niedersachsen, S. 161—191, 1942.
- SCHWARZ, G.: Allgemeine Siedlungsgeographie (= Lehrbuch der allgemeinen Geographie, 6). — Berlin 1959.
- SIEDLUNGSGESELLSCHAFTEN, die gemeinnützigen ländlichen, in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung, Aufgaben, Leistungen, hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft der gemeinnützigen ländlichen Siedlungsträger. — Bonn 1963.
- STOLL, H. & BÜTTNER, H.: Die frühmittelalterliche Besiedelung des Breisgautes. — Schau-ins-Land, 65/66, S. 122—132, 1938/39.
- TANNER, E.: Die Umsiedlung im Rahmen der Güterzusammenlegung in der Schweiz. — S. A. aus: Bericht über das erste europäische OEEC-Seminar für Flurbereinigung, hrsg. v. westdeutschen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden 1955.

- TANNER, E.: Die Güterzusammenlegung im Dienste der Verbesserung der Agrarstruktur. — S. A. aus: Schweiz. Zeitschr. f. Vermessung, Kulturtechnik und Photogrammetrie 1959.
- WALTER, M.: Vom Stand und den Aufgaben der Wüstungsforschung. — Ber. dt. Landeskde., 12, S. 114—124, 1953/54.
- WINKLER, E.: Das Schweizer Dorf. — Zürich-Berlin 1941.
- WOLLHEIM, G.: Die deutsche Ostkolonisation der Neuzeit. — Freiburg i. Br. 1957.
— Siedlung und innere Kolonisation im europäischen Raum (= Beitr. u. Untersuchungen Inst. Siedlungs- u. Wohnungswesen Westfäl. Wilhelms-Univ. Münster 50). — Köln-Braunsfeld 1957.
- ZEHN JAHRE Badische Landsiedlung Karlsruhe 1947—1956. — Karlsruhe 1956.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen des Badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz e.V. Freiburg i. Br.](#)

Jahr/Year: 1961-1965

Band/Volume: [NF_8](#)

Autor(en)/Author(s): Endriss Gerhard

Artikel/Article: [Dorferneuerung und Veränderung der Landschaft \(1965\) 701-724](#)